

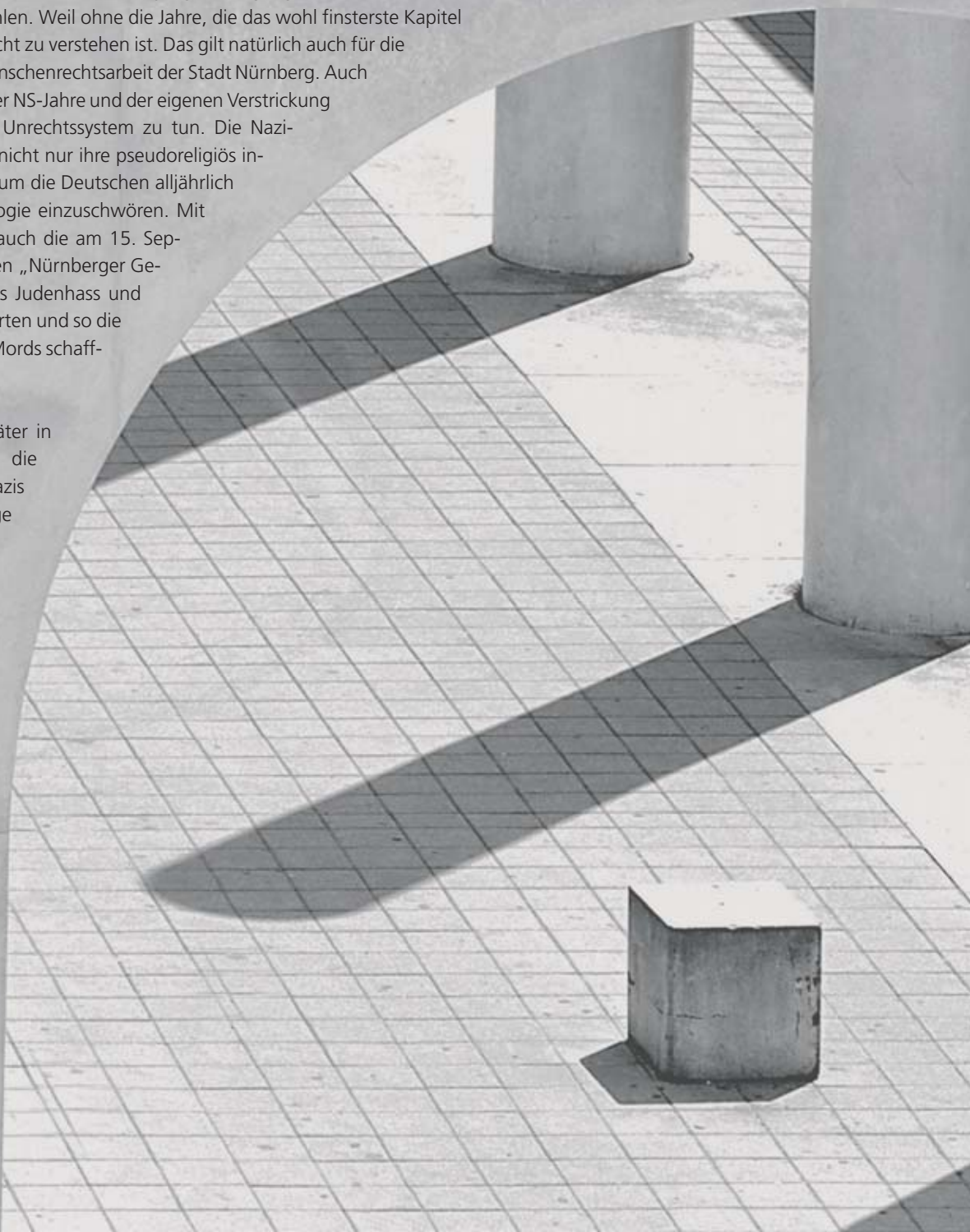
Hans-Peter Kastenhuber

ES BRAUCHT EINEN LANGEN ATEM

15 Jahre Menschenrechtsarbeit der Stadt Nürnberg

So ist das mit dieser Stadt. Geschichte über ihre jüngere Vergangenheit muss man fast immer vom selben Anfang her erzählen. Weil ohne die Jahre, die das wohl finsterste Kapitel ihrer Historie bilden, vieles nicht zu verstehen ist. Das gilt natürlich auch für die Geschichte von 15 Jahren Menschenrechtsarbeit der Stadt Nürnberg. Auch sie hat viel mit dem Trauma der NS-Jahre und der eigenen Verstrickung in das nationalsozialistische Unrechtssystem zu tun. Die Nazi-Diktatur feierte in Nürnberg nicht nur ihre pseudoreligiös inszenierten Reichsparteitage, um die Deutschen alljährlich auf Führerkult und NS-Ideologie einzuschwören. Mit dem Namen der Stadt sind auch die am 15. September 1935 hier verkündeten „Nürnberger Gesetze“ verbunden, die Hitlers Judenhass und Rassenwahn zum Recht erklärten und so die Grundlage millionenfachen Mords schafften.

Als das Land zehn Jahre später in Schutt und Asche lag und die Schreckensherrschaft der Nazis in der militärischen Niederlage geendet war, machten die Alliierten Nürnberg zum Schauplatz des Versuchs, mit dem Internationalen Militärgerichtshof persönliche Schuld der Hauptkriegsverbrecher zu sühnen. Die weitgehend zerstörte Stadt und ihre Bürger waren da noch mit den ganz existenziellen Fragen des Überlebens beschäftigt. Und als die Trümmer beseitigt und die Nöte der Nachkriegsjahre überwunden waren, war in Nürnberg die Bereitschaft, sich der eigenen Verantwortung für das nationalsozialistische Terror-Regime zu



RECHTE

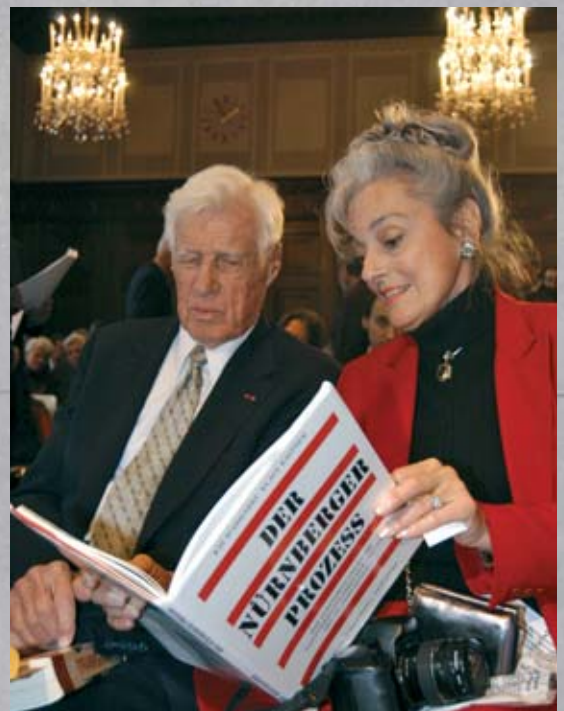
VEREINTE

NATIONEN

stellen, zunächst nicht ausgeprägter als in vielen anderen deutschen Städten. Erst allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, dass die eigene Geschichte nicht verdrängt, sondern dargestellt und mit ihren Lehren für eine friedvollere Zukunft im Gedächtnis bewahrt werden musste. Dieser Aufgabe stellte sich Nürnberg schließlich mit durchaus beispielhafter Konsequenz.

Spätestens 1993, als die an den Erweiterungsbau des Germanischen Nationalmuseums angrenzende „Straße der Menschenrechte“ des israelischen Künstlers Dani Karavan eröffnet wurde, stellte die Stadt das eigene Geschichtsbewusstsein in den großen Zusammenhang global gültiger Menschlichkeit. Der damalige Oberbürgermeister Peter Schönlein kündigte die Stiftung eines „Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises“ an. Zwei Jahre später, als sich die Verkündung der Nürnberger Rassegesetze zum 60. Mal, die Befreiung der Stadt (20. April 1945) und der Beginn des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses (20. November 1945) zum 50. Mal jährte, ehrte die Stadt mit dem russischen Menschenrechtsaktivisten Sergej Kowaljow den ersten Preisträger.

Whitney R. Harris, im Hauptkriegsverbrecherprozess Mitglied des US-amerikanischen Anlageteams, und seine Ehefrau Anna 2005 bei einer Gedenkveranstaltung der Stadt im Justizpalast.





Der frühere tschechische Präsident Václav Havel (2. von links) gehörte lange Jahre der Jury des Menschenrechtspreises an. Bei der Preisverleihung 1995 besuchte er mit dem damaligen Oberbürgermeister Peter Schönlein die Straße der Menschenrechte.

Hans Hesselmann (rechts) koordinierte 15 Jahre lang die städtische Menschenrechtsarbeit.

Zu der Projektgruppe, die das umfassende Programm des Gedenkjahrs 1995 erdacht und vorbereitet hatte, gehörte damals auch der von seinen Aufgaben als Englisch- und Geschichtslehrer freigestellte promovierte Historiker Hans Hesselmann. Als Ende 1995 das Team die Arbeit beendete und die Mitarbeiter in ihre städtischen Dienststellen zurückkehrten, galt das für ihn nicht. „Schönlein sagte zu mir: Du bleibst da, die Arbeit muss schließlich weitergehen“, erinnert sich Hesselmann.

15 Jahre lang hat der Ex-Lehrer dafür gesorgt, dass die Menschenrechtsarbeit der Kommune weiterging. Zunächst in der Projektstelle „Internationaler Nürnberger Menschenrechtspreis“, seit 1998 als Leiter des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg. Ende 2009 geht er in den Ruhestand, ihm folgt die Historikerin Martina Mittenhuber. Hesselmann kämpfte von Beginn an um die Unterstützung des Nürnberger Engagements durch die Vereinten Nationen, die UNESCO, durch amnesty international und andere Nicht-Regierungsorganisationen, um dem alle zwei Jahre verliehenen Menschenrechtspreis internationale Anerkennung zu verschaffen. Ein Umstand, der außerdem garantierte, dass der zunächst neunköpfigen, mittlerweile elfköpfigen Jury stets hochkarätige Persönlichkeiten wie etwa der ehemalige UNESCO-Generalsekretär Federico Mayor, Ex-Bundespräsident Roman Herzog oder später die Friedensnobelpreisträgerin von 2003, Shirin Ebadi, angehörten. So ist das manchmal mit den guten Taten. Aus einiger

Entfernung werden sie besser wahrgenommen als aus der Nähe, wie etwa bei der Verleihung des UNESCO-Preises für Menschenrechtserziehung im Jahr 2000 an Nürnberg. Der Stolz der Nürnberger auf das Menschenrechts-Engagement ihrer Kommune, so hatte man oft den Eindruck, wuchs langsamer als die damit verbundene Reputation draußen in der Welt.

Zumal die Stadt bei ihren Bemühungen, die Last des historischen Erbes in einen positiven Auftrag zu wandeln, auch Rückschläge auszuhalten hatte. Als sich Ende der 1990er Jahre das Zustandekommen eines Internationalen Strafgerichtshofs abzeichnete, machte man sich im Nürnberger Rathaus Hoffnungen, Sitz dieser neuen Organisation werden zu können. Das Selbstverständnis des Internationalen Strafgerichtshofs, der die Delikte Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen ahnden soll, geht schließlich zurück auf die Arbeit des Nürnberger Militärgerichtshofs nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Stadt durfte sich deshalb als quasi geborener Sitz eines dauerhaften Strafgerichts sehen. Der damalige Oberbürgermeister Ludwig Scholz und Rechtsreferent Hartmut Frommer warben auf politischer Ebene um Unterstützung. Die Bundesregierung Helmut Kohls, erinnert sich Hans Hesselmann, begrüßte die Bewerbung nur sehr unverbindlich. „Möglicherweise gab es da im Hintergrund schon internationale Verabredungen.“ Das im Juli 1998 verabschiedete Rom-Statut sah schließlich Den Haag als Standort vor.



Königin Silvia von Schweden war Ehrgast des Friedensmahls 1999 und Tischnachbarin des damals amtierenden Oberbürgermeisters Ludwig Scholz.

Nürnberg ließ sich nicht entmutigen und setzte seine Aktivitäten fort. Als sich 1999 zum 350. Mal das „Nürnberger Friedensmahl“ jährte, bei dem 1649 die ehemaligen Kombattanten des Dreißigjährigen Krieges die Detail-Klärung ihres Friedensschlusses gefeiert hatten, beschloss die Stadt, am Rande der Menschenrechtspreis-Verleihung alle zwei Jahre an dieses historische Ereignis mit einer Friedenstafel zu erinnern. Bei diesem fröhlichen Bürgerfest – 1999 brachten es 40 000 Menschen an einer acht Kilometer langen Tafel quer durch die Nürnberger Altstadt bis ins Guinness-Buch der Rekorde – ehrt die Bevölkerung den jeweiligen Preisträger und zeigt, dass sie immer stärker hinter dem Anspruch des „neuen Nürnbergs“ steht, als „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ in der Welt wahrgenommen zu werden. Und seit dem Jahr 2000 sichert eine städtische Stiftung, dass die Projekte der bislang zehn Menschenrechts-Preisträger nachhaltig über einen längeren Zeitraum hinweg finanziell unterstützt werden können.

Selbstkritischer Blick

Die internationalen Aktivitäten zur Durchsetzung und Sicherung der Menschenrechte können freilich nur glaubwürdig erscheinen, wenn eine Stadt auch ernsthaft und selbstkritisch den Blick auf die Situation in ihrem eigenen Gemeinwesen richtet. Mit gewissem Argwohn hatten Aktivisten anderer Organisationen und Gruppen in der Stadt denn auch immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht ausreichte, mit dem

Finger auf Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern zu zeigen. Auch in Nürnberg erleben Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe, wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung im Alltag Diskriminierung. Sei es bei der Wohnungssuche, im Berufsleben, in Bildungseinrichtungen oder auf der Straße. Hans Hesselmann, dessen Menschenrechtsbüro seit Ende 2006 auch die städtische Antidiskriminierungsstelle ist, weiß, dass die Wirklichkeit in der Stadt sich nicht von heute auf morgen dem öffentlich erhobenen Anspruch angeglichen hat. Menschenrechtsarbeit verlangt langen Atem. Junge Menschen müssen in der Schule Menschenrechte kennenlernen und begreifen. Behördenmitarbeiter in der Stadt brauchen interkulturelle Kompetenz und eine Vorstellung, was konkret Menschenrechte im Zusammenhang mit ihrer Arbeit bedeuten. Mit verschiedenen Seminarangeboten und Kooperationen kümmert sich das Menschenrechtsbüro, zu dem neben Hans Hesselmann zwei Projektmitarbeiterinnen und eine Verwaltungskraft gehören, um diese Aufgaben und setzt damit um, wozu sich die Stadt beispielsweise als Unterzeichnerin der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ oder des Zehn-Punkte-Aktionsplans der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ verpflichtet hat.

Im Menschenrechtsbüro der Stadt weiß man auch, dass man die Menschenrechtsarbeit nicht erfunden hat. Zahlreiche Gruppen kümmern sich in ehrenamt-



Menschenrechtsbildung beginnt bereits in der Schule, wie hier 2007 bei einem Projekttag in der Hauptschule Insel Schütt.

lichem Engagement teilweise schon deutlich länger um ein gerechtes und friedvolles Zusammenleben der Menschen. Seien es die Unterstützer und Mitarbeiter von amnesty international, zahlreiche kirchliche Gruppen, Aktivisten von Flüchtlingshilfe-Organisationen wie „Karawane“ oder die von rund 130 Ehrenamtlichen getragene örtliche Gruppe des Weltkinder-

hilfswerks UNICEF. Auf 20 Jahre Arbeit blickt mittlerweile das Nürnberger Menschenrechtszentrum (NMRZ) zurück. Die Gruppe um Rainer Huhle, die sich anfangs schwerpunktmäßig mit der Situation der Menschenrechte in Lateinamerika und dem Phänomen der Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen befasst hatte, widmet sich seit einiger Zeit sehr intensiv der Bildungsarbeit. Ein Gebiet, auf dem sich Rainer Huhle auch ein stärkeres Engagement der Stadt wünschte. Zumal von staatlicher Seite in dieser Beziehung noch so gut wie nichts unternommen wird. In den Lehrplänen der Schulen spielt das Thema Menschenrechte eine marginale Rolle.

Der Weg zur weltweiten praktischen Umsetzung der Menschenrechte ist noch weit. Und Nürnberg wird noch viele Unterstützer bei dieser Arbeit finden müssen. Eines hat die Stadt mit dem schwierigen historischen Erbe in den vergangenen 15 Jahren allerdings erreicht. In vielen Teilen der Welt hat ihr Name einen sehr angenehmen, neuen Klang. „Der Ruf der Stadt“, bestätigt Rainer Huhle, der auf Konferenzen und Tagungen immer wieder Mitstreiter und Menschenrechts-Aktivisten aus aller Welt trifft, „ist wirklich ganz außergewöhnlich.“ ■

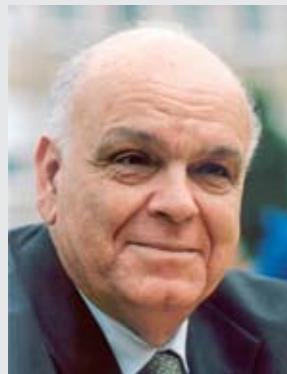
Bisherige Preisträger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises



1995
Sergej Kowaljow prangerte seit den 1960er Jahren Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen Sowjetunion an. Nach der Perestrojka setzte er als Abgeordneter des russischen Parlaments seine Aktivitäten fort.



1997
Der Israeli Abe J. Nathan und der Tunesier Khémaïs Chamhari arbeiteten viele Jahre an einer Verständigung zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn und einer Förderung des religiösen Dialogs zwischen Juden und Muslimen.



1999
Die Rechtsanwältin Fatimata M'Baye kämpft in Mauretanien für die Rechte der von der maurischen Führungsschicht diskriminierten schwarzafrikanischen Bevölkerung und gegen noch immer existierende Praktiken der Sklaverei.

Menschenrechtspreis 2009 für iranischen Anwalt

Der iranische Anwalt Abdolfattah Soltani ist Träger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2009. Der Jurist konnte die Ehrung bei einem Festakt im Opernhaus des Staatstheaters am 4. Oktober 2009 jedoch nicht persönlich entgegennehmen. Er war zwei Tage zuvor in Teheran am Flughafen an der Ausreise gehindert worden. Die Ausreiseverweigerung war auch Thema im EU-Parlament, dessen Abgeordnete diese Schikane scharf kritisierten. Stellvertretend nahm seine Ehefrau Masoumeh Dehgan die mit 15 000 Euro dotierte Auszeichnung in Empfang. „Als Rechtsanwalt und Mitglied des von Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi gegründeten ‚Zentrums für Menschenrechtsverteidiger‘ vertritt er unter schwierigsten Bedingungen gewaltlose politische Gefangene vor Gericht“, hatte die Jury des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises festgestellt. Oberbürgermeister Ulrich Maly erklärte: „Wir werden und wollen diesen Festakt und das anschließende Friedensmahl zu einer Demonstration für die Freiheit machen. Für die Freiheit für Abdolfattah Soltani, für Freiheit und Demokratie im Iran.“ Mit Soltani werde eine Persönlichkeit geehrt, die „mit beispiellosem Mut Menschenrechtsverletzungen staatlicher Stellen öffentlich anprangert. Weder Drohungen noch Schikanen, weder Gefängnisaufenthalte noch zeitweilige Berufsverbote haben Abdolfattah Soltani darin beirren können.“ Nach dem Festakt bekundeten 4 000 Bürgerinnen und Bürger bei der Friedenstafel in der Nürnberger Innenstadt ihre Solidarität mit dem Preisträger.



Der iranische Anwalt Abdolfattah Soltani (oben) ist Träger des Menschenrechtspreises 2009. Da ihm der Iran die Ausreise verweigerte, nahm seine Ehefrau Masoumeh Dehgan die Auszeichnung von Jurymitglied Dani Karavan (links) und Oberbürgermeister Ulrich Maly entgegen.



2001
Bischof Samuel Ruíz García ist in Mexiko ein unermüdlicher Kämpfer für die Armen und Unterdrückten und verleiht vor allem den Indios eine Stimme. Foto: KNA



2003
Dem Frieden und der Versöhnung zwischen Indien und Pakistan gilt der Einsatz der beiden Journalisten Teesta Setalvad (Indien) und Ibn Abdur Rehman (Pakistan).



2005
Die von Tamara Chikunova gegründete Nichtregierungsorganisation „Mütter gegen Todesstrafe und Folter“ leistet in Usbekistan Beistand für Betroffene und ihre Familien.



2007
Als Angehörige der Tutsi-Minderheit in Ruanda kämpft Eugénie Musayidire für eine Aussöhnung der Volksgruppen der Hutu und Tutsi.